

[nzz.ch](https://www.nzz.ch)

Herbstgutachten: Der deutsche Aufschwung verliert an Schwung

René Höltschi, Berlin

8-9 Minuten

Laut dem Herbstgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute trifft die Corona-Krise die deutsche Wirtschaft stärker als Anfang April angenommen. Derweil arbeitet das Wirtschaftsministerium an verlängerten Staatshilfen.

Branchen wie das Gastgewerbe oder der Tourismus werden noch länger unter der Pandemie leiden.

Alex Kraus / Bloomberg

Die Berichterstattung zur Konjunktur gleicht derzeit einer Berg- und-Tal-Bahn: Im Frühjahr hatten sich die Prognosen über die Auswirkungen der Corona-Pandemie zunehmend verdüstert, im Sommer folgte angesichts eines wirtschaftlichen Zwischenspurts nach der Aufhebung des Lockdown zumindest in Deutschland Erleichterung. Nun gibt es als dritte Phase die Ernüchterung darüber, dass die Erholung an Schwung verliert. Ein Beispiel dafür ist das traditionelle [Herbstgutachten, das fünf führende Wirtschaftsforschungsinstitute](#) (DIW Berlin, Ifo-Institut München, IfW Kiel, IWH Halle, RWI Essen) im Auftrag des Wirtschaftsministeriums am Mittwoch vorgelegt haben.

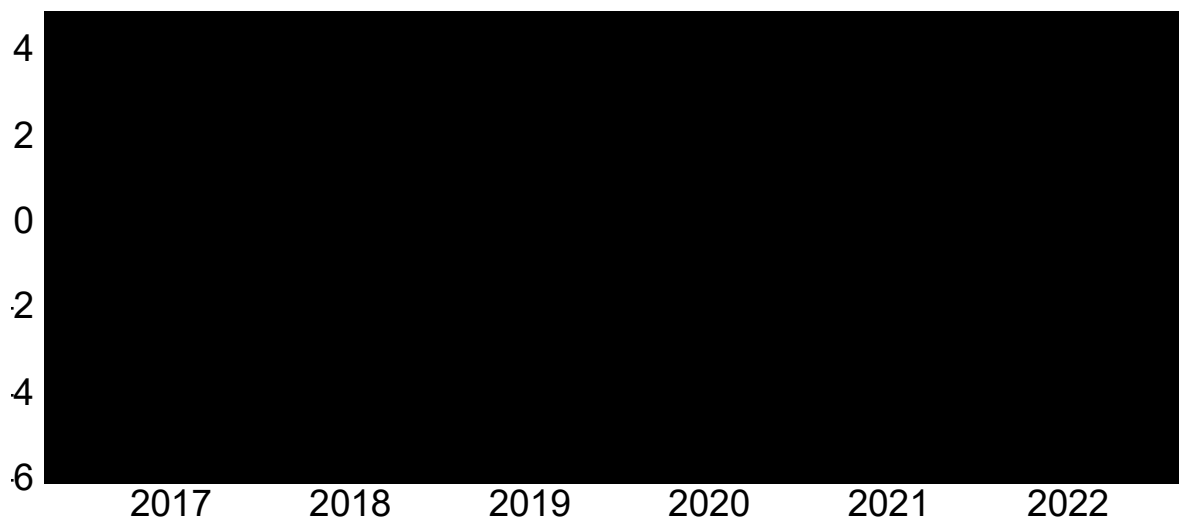
Ein asymmetrisches V

Die Institute erwarten für das laufende Jahr einen Einbruch des realen Bruttoinlandprodukts (BIP) um 5,4% und für 2021 einen Zuwachs um 4,7%. Damit haben sie ihre Prognose gegenüber dem Anfang April veröffentlichten Frühjahrsgutachten für beide Jahre um je gut einen Prozentpunkt nach unten korrigiert. Damals hatten sie für 2020 einen Rückgang um 4,2% und für 2021 einen Anstieg um 5,8% erwartet. Allerdings haben in der Zwischenzeit die meisten Ökonomen eine noch tiefere Rezession prognostiziert

als die nun im Herbstgutachten beschriebene. 2022 dürfte das BIP laut der neuen Prognose um 2,7% zulegen.

Die Erholung braucht Zeit

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr, in %



Mit diesen neuen Projektionen wird die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau voraussichtlich erst Ende 2021 wieder erreichen. Sie wird dann um 2,5% unter dem Niveau liegen, das sie ohne die Pandemie erreicht hätte. Wie Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel) an einer gemeinsamen Online-Pressekonferenz ausführte, liegt der Grund für die Korrektur nach unten darin, dass der weitere Aufschwung langsamer verlaufe als im April angenommen.

Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft Kiel ist einer der Autoren des Herbstgutachtens.

Stefan Boness/ Ipon / Imago

Die Institute erwarten weiterhin einen V-förmigen Verlauf der konjunkturellen Entwicklung, doch flacht sich der zweite Schenkel dieses V derzeit ab. So laufen die Nachholeffekte aus, die im Sommer die Konjunktur belebt haben. Ein Grund für die Korrektur nach unten liegt laut Kooths auch darin, dass die Infektionsschutzmassnahmen länger dauern. Branchen wie Gastgewerbe, Tourismus, Veranstaltungsgewerbe und Luftfahrt, die besonders auf soziale Kontakte angewiesen sind, werden gemäss dem Gutachten noch längere Zeit unter der Pandemie leiden und erst dann am Erholungsprozess teilhaben, wenn die Massnahmen zum Infektionsschutz weitgehend entfallen. Damit rechnen die Forscher mittlerweile erst im nächsten Sommerhalbjahr.

Keine zweite Rezession

In Deutschland sind die Vorschriften unter anderem durch Beherbergungsverbote für Besucher aus innerdeutschen Risikogebieten jüngst wieder verschärft worden. Die Prognose habe nicht jede neue Massnahme am aktuellen Rand berücksichtigen können, sie fusse aber auf der Annahme, dass es punktuell auch wieder zu Verschärfungen der Infektionsschutzregeln kommen könne, sagte Kooths dazu. Der ungewisse Pandemieverlauf bleibt gemäss dem Gutachten das grösste Risiko für die Prognose, doch halten die Auguren einen Rückfall in eine Rezession für wenig wahrscheinlich. Man habe seit dem Frühjahr viel gelernt und könne auf steigende Infektionszahlen mit gezielteren Massnahmen reagieren, die eine wirtschaftliche Tätigkeit weiterhin ermöglichen würden, sagte Timo Wollmershäuser vom Ifo-Institut München.

Bremsend wirkt sich laut dem Gutachten derzeit die Investitionszurückhaltung der Unternehmen aus, da sich deren Eigenkapitalpositionen infolge der Krise vielfach verschlechtert hätten. Massgeblich getragen werde die Erholung derweil von den Exporten, die im Zuge der Krise besonders drastisch eingebrochen waren.

Am Arbeitsmarkt hat die Corona-Krise deutliche Spuren hinterlassen. Trotz massiver Kurzarbeit seien bis zur Jahresmitte schätzungsweise 820 000 Stellen verloren gegangen, heisst es im Gutachten. Die Arbeitslosenquote dürfte von 5,0% im letzten Jahr auf 5,9% in diesem und im nächsten Jahr steigen, bevor sie wieder zu sinken beginnt.

Rekorddefizit im Staatshaushalt

Die staatlichen Hilfs- und Konjunkturprogramme haben gemäss dem Gutachten im Zusammenspiel mit den automatischen Stabilisatoren dazu beigetragen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte relativ stabil geblieben sind. Bei der Einschätzung dieser Programme sind sich die Institute indessen nicht ganz einig. Eine Mehrheit von ihnen hält die bis Ende Jahr geltende temporäre Senkung der Mehrwertsteuer für nicht zielgerichtet und effizient genug. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hingegen findet das Paket insgesamt angemessen.

Die staatlichen Massnahmen trugen laut den Konjunkturforschern auch dazu bei, dass der öffentliche Gesamthaushalt das laufende Jahr mit einem Rekorddefizit von 183 Mrd. € oder 5,5% des erwarteten BIP abschliessen wird. Für die nächsten beiden Jahre wird ein Rückgang des Fehlbetrags auf 3,3 bzw. 2,5% des BIP erwartet.

Altmaiers «Unternehmerlohn»

Die Aussicht, dass die Infektionsschutzmassnahmen die Wirtschaft noch für eine längere Zeit belasten werden, führt auch zu Überlegungen über verlängerte und modifizierte Staatshilfen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier sagte an einem separaten Medienauftritt, man werde in der Regierung und mit den Bundesländern darüber reden, ob und wie lange die [im Juli eingeführten Überbrückungshilfen für Unternehmen](#) verlängert würden. Er wolle sie zudem gezielt verbessern für jene, die ganz besonders betroffen seien. Bei diesen Überbrückungshilfen geht

es um Zuschüsse an die Fixkosten von besonders betroffenen Unternehmen. Das Programm, für das derzeit rund 25 Mrd. € zur Verfügung stehen, läuft nach den geltenden Beschlüssen Ende Jahr aus. Bisher fliessen die Gelder eher schleppend ab.

Laut Altmaier zeichnet sich angesichts wieder steigender Infektionszahlen schon jetzt ab, dass manche Unternehmen auch nächstes Jahr noch Schwierigkeiten haben würden. Als besonders betroffene Branche nannte er Hotels, das Gastgewerbe und das Konzert- und Eventmanagement. Laut Medienberichten geht es um eine Verlängerung der Überbrückungshilfen um ein halbes Jahr. Zudem soll die Einführung eines «Unternehmerlohns» für Freiberufler und Soloselbständige im Gespräch sein, sofern diese nicht anderweitig förderberechtigt seien. Die Selbständigen hatten bisher kritisiert, dass sie Überbrückungshilfen nur für betriebliche Fixkosten nutzen könnten. Bei manchen von ihnen, die etwa von zu Hause aus arbeiten, sind diese aber sehr gering, während sie zugleich ihren Lebensunterhalt kaum mehr bestreiten können.

Sie können dem Berliner Wirtschaftskorrespondenten René Höltschi auf [Twitter](#) folgen.